

<b>Vorlage</b>		<b>Vorlage-Nr:</b> FB 45/0113/WP18
Federführende Dienststelle: FB 45 - Fachbereich Kinder, Jugend und Schule Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 28.07.2021
		Verfasser/in: FB 45/100
<b>Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung (ASW/04/WP.18) vom 10.06.2021 (öffentlicher Teil)</b>		
<b>Ziele:</b> Klimarelevanz keine		
<b>Beratungsfolge:</b>		
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>
26.08.2021	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 10.06.2021 (öffentlicher Teil).

**Anlage:**

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 10.06.2021 (öffentlicher Teil).

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung**

1. Juli 2021

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 10.06.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:15 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Brüsselsaal, EUROGRESS Aachen, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

---

Anwesende:

Ratsfrau Ulla Griepentrog	anwesend
Bürgermeister Holger Brantin	anwesend
Ratsherr Dipl.-Ing Jörg Bogoczek	anwesend
Ratsfrau Pola Heider	anwesend
Ratsherr Klaus-Dieter Jacoby	anwesend
Ratsfrau Maria Keller	anwesend
Ratsfrau Nathalie Koentges	anwesend
Ratsfrau Monika Annette Wenzel	anwesend
Ratsfrau Lisa Weskamp	anwesend
Herr Stefan Auler	anwesend

Frau Inge Fischer	anwesend
Herr Matthias Fischer	anwesend
Frau Gisa Haring	Vertretung für: Frau Gretel Opitz
Herr Lorenz Hellmann	anwesend
Herr Stefan Menzel	anwesend
Herr Johannes Rohé	anwesend
Herr Martin Stangl	anwesend
Frau Amina Smajic	anwesend
Herr Heiko Winkler	anwesend
Herr Lukas Paschen	anwesend

Abwesende:

Frau Gretel Opitz	entschuldigt
Herr Dr.-Ing. Enrico Pasquini	entschuldigt
Herr David Krause	entschuldigt
Frau Sabine Mensger-Jacobs	entschuldigt

von der Verwaltung:

<b>Name</b>	<b>Org.</b>	<b>Name</b>	<b>Org.</b>
Herr Brötz	FB-Ltg. 45/000	Frau Pautsch	FB 45/100
Herr Crumbach	FB 45/400	Frau Schwier	Dez. IV, Beigeordnete
Herr Kaldenbach	FB 45/100	Frau Thunig	FB 45/100

als Schriftführerin:

Frau Kuchenbecker

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung (KJA/05/WP.18) vom 27.04.2021 (öffentlicher Teil)**  
**Vorlage: FB 45/0095/WP18**
- 3 **Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers**  
**Vorlage: FB 45/0083/WP18**
- 4 **Gesamtschulsituation in der Stadt Aachen**  
**Vorlage: FB 45/0084/WP18**
- 5 **Erweiterung der 4. Gesamtschule**  
**Vorlage: FB 45/0085/WP18**
- 6 **Eignung der Liegenschaft 'Kronenberg' als Gesamtschulstandort**
- 7 **Raumsituation der Aachener Grundschulen**  
**Vorlage: FB 45/0086/WP18**
- 8 **Luftreiniger für Schulen besser als Lüften gegen Corona-Viren, Ratsantrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2021**
- 9 **Sachstand zu Luftfiltergeräten an Schulen - Antrag zur Tagesordnung der GRÜNEN Fraktion vom 19.05.2021**
- 10 **Landesprogramm „Gute Schule 2020“ - Bericht 1. Halbjahr 2021**  
**Vorlage: FB 45/0087/WP18**
- 11 **Änderung der Schulart der Städtischen Katholischen Grundschule Düppelstraße in eine Gemeinschaftsgrundschule zum Schuljahr 2021/2022**  
**Vorlage: FB 45/0088/WP18**

- 12 **Sachstandsbericht Euregionales Medienzentrum**  
**Vorlage: FB 45/0090/WP18**
  
- 13 **Kompetenzteam Schulen digital, Ratsantrag Nr. 063/18 der CDU-Fraktion vom 03.02.2021**  
**Task Force zur Beschleunigung der Digitalisierung der Schulen**  
**Vorlage: FB 45/0091/WP18**
  
- 14 **Ratsantrag von CDU, SPD, Zukunft und FDP: Corona - Pooltest**  
**Vorlage: FB 45/0093/WP18**
  
- 15 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung:**
  
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung (KJA/05/WP.18) vom 27.04.2021 (nichtöffentlicher Teil):**  
**Vorlage: FB 45/0094/WP18**
  
- 3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

## **Protokoll:**

Öffentlicher Teil

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Frau Griepentrog eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Verwaltung und die anwesenden Gäste sowie die Presse.

Sie berichtet, dass der TOP 10 von der Verwaltung zurückgezogen werde, da es noch zu klärende Fragestellungen zum Verfahren gebe. Näheres dazu werde im nichtöffentlichen Teil der Sitzung berichtet. Sie bittet die Ausschussmitglieder, dass Frau von Jakobowski zu diesem Punkt ebenfalls im nichtöffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen dürfe. Darüber besteht Einvernehmen.

**zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung (KJA/05/WP.18) vom 27.04.2021 (öffentlicher Teil)**

**Vorlage: FB 45/0095/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung vom 27.04.2021 (öffentlicher Teil).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           Ablehnung:           Enthaltung: 2  
einstimmig

**zu 3 Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers**

**Vorlage: FB 45/0083/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Kenntnis und bestellt

Frau Sarah Kuchenbecker – FB 45/100

zur Schriftführerin.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           Ablehnung:           Enthaltung:  
einstimmig

**zu 4 Gesamtschulsituation in der Stadt Aachen**

**Vorlage: FB 45/0084/WP18**

Frau Schwier erläutert, dass mit dieser Vorlage die aktuellen Entwicklungen im Gesamtschulbereich analysiert und aufgearbeitet worden seien. Zudem habe ein intensiver Austausch mit den benachbarten Schulträgern stattgefunden. Die Vorlage solle in erster Linie auf Basis einer konsolidierten Datenlage informieren und stelle keine Botschaft gegen zusätzliche Gesamtschulplätze in Aachen dar.

Herr Fischer kritisiert das Vorgehen der Verwaltung in Bezug auf die Entwicklung der Gesamtschulsituation in Aachen. Die Gründung der 4. Gesamtschule liege bereits 10 Jahre zurück und seit nun mehr vier Jahren gebe es für die Sekundarstufe keine langfristige Schulentwicklungsplanung. So seien in der Vergangenheit Haupt- und Realschulen ohne verlässliche Planungsgrundlage geschlossen worden und die pädagogischen Konzepte der Schulen würden bei diesen Entscheidungen keine Berücksichtigung finden. Auch die nun aktuell vorliegenden Zahlen stellten aus seiner Sicht keine überraschende Entwicklung dar, denn in den letzten 12 Jahren hätten immer circa 110 Schülerinnen und Schüler pro Schuljahr keinen Platz an einer Aachener Gesamtschule gefunden. Zudem sehe er große Defizite zwischen den unterschiedlichen Schulformen. So würden die Anmeldeüberhänge an den Gymnasien stets umverteilt werden und die meisten Gebäude auch noch im Rahmen der Rückkehr zu G9 mit einem hohen Finanzvolumen saniert und erweitert werden. An den Gesamtschulen stelle sich die Situation ganz anders dar. Zudem unterlägen beispielsweise die Zahlen der Ein- und Auspendelnden in Aachen jedes Jahr erheblichen Schwankungen. Die Zahlen seien spekulativ und damit könne keine zukunftsweisende Schulpolitik gestaltet werden. Abschließend kritisiert er, dass Frau Schwier der 4. Gesamtschule signalisiert haben sollte, dass die geplante Erweiterung um vier Züge nicht sicher in der Umsetzung sei. Herr Fischer unterstützt weiterhin das Bestreben der 4. Gesamtschule, da unter anderem auch viele Kinder mit Gymnasialempfehlung dort aufgenommen würden.

Frau Keller dankt der Verwaltung für das vorgelegte Zahlenmaterial. Sie sei in der Sache ebenfalls irritiert, da nun eine andere Entwicklung dargestellt werde als zu erwarten gewesen sei. Dennoch müsse die Politik gemeinsam überlegen, wie für die Stadt und die Schülerschaft eine zukunftsfähige Schullandschaft aussehen könnte. Die 4. Gesamtschule sei in ihrem pädagogischen Konzept einzigartig und die Erweiterung um vier Züge müsse weiterhin verfolgt werden. Jedoch sei der Standort an der Alkuinstraße nicht ideal, da auch die Frage nach der Turnhalle immer noch nicht geklärt sei.

Frau Heider dankt der Verwaltung ebenfalls und ist der Meinung, dass das Zahlenmaterial benötigt werde um auch im interkommunalen Austausch belastbare Argumente anführen zu können. Als Ergebnis hält sie für sich fest, dass die Systeme der Hauptschulen und teilweise auch der Gesamtschulen nicht stabil seien und schlägt daher vor, eine Zukunftswerkstatt einzurichten, welche sich intensiv mit der Weiterentwicklung des Aachener Schulsystems befassen solle. Sie legt diesbezüglich einen geänderten Beschlussvorschlag der Grünen Fraktion vor und ist optimistisch, dass ein gemeinsamer Beschluss gefunden werden könne.

Herr Brantin dankt für die größtenteils sachliche Diskussion zu so einem enorm wichtigen Thema. Er schätzt die Arbeit an der 4. Gesamtschule ebenfalls, lenkt jedoch den Fokus auch auf die übrigen Gesamtschulen, welche ebenfalls eine tolle Arbeit leisten würden. Die Zahlen hätten auch ihn irritiert, da zunächst von einem weiteren Bedarf an Gesamtschulplätzen ausgegangen worden sei. Er könne die

Zahlen daher vorerst nur zur Kenntnis nehmen. Fehlende Plätze würden an der Heinrich-Heine-Gesamtschule zur Verfügung stehen, doch die Wahl der Eltern sähe in der Realität leider anders aus. Er könne den geänderten Beschlussvorschlag der Grünen mittragen, jedoch solle der Satz bezüglich der Ablehnung des Fazits der Verwaltung gestrichen werden. Zudem solle das Ergebnis der geplanten Zukunftswerkstatt nicht vorweg genommen werden, sodass er einer Erweiterung der 4. Gesamtschule zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen könne.

Herr Winkler berichtet, dass das Thema der Schulentwicklungsplanung auch in der Elternschaft intensiv diskutiert worden sei. Ihm würden bei der Aufstellung der Verwaltung noch einzelne Elemente, wie beispielsweise die Auf- und Abschlusungen, fehlen. Zudem sei nicht klar erkennbar, welches Schulsystem für die Stadt Aachen erstrebenswert sei. Die Entwicklungen dürften keine Konkurrenz zwischen den einzelnen Schulformen auslösen, vielmehr müsse ein Konzept für alle Kinder in der Stadt gefunden werden. Die Zukunftswerkstatt könne er unterstützen, da dort entscheidende Weichen gestellt werden könnten. Er fragt sich, warum doch einige Kinder in die umliegenden Kommunen abwandern und schlägt vor, die pädagogischen Konzepte der dortigen Schulen zu untersuchen und die Vorteile auch für die Stadt Aachen zu nutzen.

Herr Fischer betont nochmals, dass die hohe Anzahl der abgelehnten Kinder an den Gesamtschulen erschreckend sei und die Heinrich-Heine-Gesamtschule nicht immer eine Alternative für die Eltern darstelle. Daher könne er das Fazit der Verwaltung nicht teilen.

Herr Rohé ist der Meinung, dass es Aufgabe der Politik gewesen sei und auch zukünftig sein müsse, ein Konzept für die Bildungslandschaft zu erstellen und sich dabei nicht nur am Elternwillen orientiert werden könne. Es müsse eine politische Vorgabe geben, welches Schulsystem für Aachen am besten geeignet sei. Daran könne sich dann die Planung der Verwaltung ausrichten. Die bisherige Vorgehensweise könne kein zukunftsfähiges Konzept als Ergebnis hervorbringen. Die Gymnasien würden weiter gestärkt, während die übrigen Schulformen auf der Strecke bleiben. Dies könne nicht der richtige Weg sein.

Frau Haring empfindet das Zahlenmaterial als solide Grundlage, um in Ruhe über die weiteren Schritte nachdenken zu können. Sie schlägt vor, die Schullandschaft in den nächsten zwei Jahren zur Ruhe kommen zu lassen, da auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie zunächst bearbeitet werden müssten. Die Zukunftswerkstatt sei eine gute Idee um die Grundlage für eine neue Struktur legen zu können.

Frau Heider stimmt den Ausführungen von Herrn Winkler zu. Die Bewegungen zu anderen Kommunen sollten näher untersucht und Rückschlüsse für die Stadt Aachen daraus gezogen werden. Den Vorschlag von Herrn Brantin, das Fazit der Verwaltung anzunehmen, teile sie nicht. Aus der Vorlage würde



hervorgehen, dass zwei Schulen geschlossen werden müssten, wenn die Gesamtschulplätze erweitert würden. Für eine solche Entscheidung reiche das Zahlenmaterial nicht aus.

Herr Fischer unterstützt den Beschlussvorschlag der Grünen Fraktion. Die Ablehnung des Fazits der Verwaltung sehe er ebenfalls als wichtig an. Er erkennt an, dass Schulentwicklung Aufgabe der Politik sei, aber in den letzten zehn Jahren sei wenig passiert und daraus sollte der Ausschuss die entsprechenden Schlüsse ziehen. Derzeit würden die Zahlen ein zweigliedriges Schulsystem rechtfertigen, doch die zweite Säule neben den Gymnasien müsse attraktiv gestaltet werden. Falls die Schließung der Heinrich-Heine-Gesamtschule von der Bezirksregierung angeordnet werde, stünden die Politik und die Verwaltung vor einem großen Problem. Daher ist er der Meinung, dass die 4. Gesamtschule in jedem Fall erweitert und dafür nicht das Ergebnis der Zukunftswerkstatt abgewartet werden müsse.

Frau Keller ist ebenfalls der Meinung, dass die Erweiterung der 4. Gesamtschule nicht von dem Ergebnis der Zukunftswerkstatt abhängen dürfe, da der Elternwille eindeutig und die Entwicklung der Heinrich-Heine-Gesamtschule nicht absehbar sei.

Herr Brantin stimme den Ausführungen von Frau Heider zu und könne sich dem Beschlussvorschlag nun anschließen. Dennoch bittet er darum, den Beschluss ergebnisoffener zu formulieren, um dem Ergebnis der Zukunftswerkstatt nicht vorzugreifen.

Frau Griepentrog fasst zusammen, dass die Verwaltung mit dem vorgelegten Zahlenmaterial gute Arbeit geleistet und größtmögliche Transparenz geschaffen habe.

Frau Schwier weist abschließend den Vorwurf von Herrn Fischer zurück. Bereits im Jahr 2017 habe die Verwaltung im Rahmen eines Workshops der Schulpolitik ein umfangreiches Zahlenmaterial zur Weiterentwicklung der Gesamtschulen in Aachen präsentiert. Die Kommunikation sei stets sachlich und kooperativ gewesen und die Prozesse seien gemeinsam und konstruktiv gestaltet worden.

Es wird über den leicht abgeänderten Beschlussvorschlag der Grünen Fraktion abgestimmt.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Entwicklung der Schülerzahlen an den Aachener Gesamtschulen zur Kenntnis. Er teilt das Fazit und die Schlussfolgerung der Verwaltung nicht.

Der Ausschuss hält an dem Beschluss fest, den Bedarf an Gesamtschulplätzen in der Stadt zu decken.

Der Ausschuss schlägt vor, nach den Sommerferien eine Zukunftswerkstatt mit Schulpolitiker\*innen und Fachleuten zu planen, in der neben den quantitativen Aspekten auch qualitative und pädagogische Aspekte (z.B. Profilschulen) diskutiert werden und eine Rahmenplanung für die Aachener Schulen auf den Weg gebracht wird und die Weichen für den weiteren Ausbau von Gesamtschulplätzen und/oder den Erhalt der Haupt- und Realschulen gestellt werden. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung diese Zukunftswerkstatt zu organisieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           Ablehnung:           Enthaltung:  
einstimmig

**zu 5    Erweiterung der 4. Gesamtschule**

**Vorlage: FB 45/0085/WP18**

Herr Lambertz vom städtischen Gebäudemanagement stellt die geplante Baumaßnahme anhand einer PowerPoint Präsentation vor.

Herr Winkler und Frau Fischer erkundigen sich nach einer Lösung für die fehlende Turnhalle.

Herr Fischer erläutert, dass der Sportpark Soers eventuell eine Möglichkeit für die fehlenden Sportflächen an der Alkuinstraße sein könne. Dies müsse schnell überprüft werden. Zudem legt er einen geänderten Beschlussvorschlag der Fraktionen Grüne, SPD und Linke vor. Dieser solle noch um die Leistungsphasen 0-3 erweitert werden. Die hohen zu erwartenden Kosten sollten kein Hindernis darstellen, da der Beschluss sowieso vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gefasst werde.

Frau Griepentrog erkundigt sich, ob ein Abriss und Neubau an gleicher Stelle nicht die kostengünstigere Variante darstelle, als aufwändige Arbeiten am Fundament des bestehenden Gebäudes durchzuführen.

Herr Hellmann fragt, ob die Möglichkeit bestünde, den aktuellen Solitärbau aus Turnhalle und Aula um weitere Stockwerke aufzustocken um dadurch Platz für weitere Sportflächen zu schaffen.

Herr Lambertz erläutert, dass eine Aufstockung des Solitärbaus bereits geprüft worden sei, jedoch sei das Gebäude nicht so stark belastbar und müsste entsprechend verstärkt werden. Dies sei jedoch bislang nicht weiter untersucht worden, da es sich bei den aktuellen Planungen um einen Zwischenstand handele und noch nicht mit der Leistungsphase 0 begonnen worden sei. Eine Anbindung im Bereich der Sportflächen an den Sportpark Soers sei ebenfalls denkbar. Die Arbeiten an dem Fundament seien zwar aufwändig, aber aufgrund des technischen Fortschritts derzeit die bessere Lösung und auch

kostengünstiger als ein Abriss und Neubau. Die Erweiterung des Beschlussvorschlages um die Leistungsphase 0 stelle er in Frage, da es nicht üblich sei, direkt die ersten drei Leistungsphasen zu beschließen. Die Leistungsphase 0 werde üblicherweise durch das Gebäudemanagement selber durchgeführt, während die Leistungsphasen 1-3 an externe Planer vergeben würden. Zudem sei die Leistungsphase 0 letztlich die Voraussetzung, um die Leistungsphasen 1-3 entsprechend beauftragen zu können. Daher sei eine Trennung zwischen den einzelnen Leistungsphasen notwendig. Nach der Beauftragung der Leistungsphase 0 würde der Ausschuss einen neuen Bericht erhalten und könne dann über die weiteren Leistungsphasen abstimmen.

Frau Griepentrog und Herr Auler ergänzen, dass die Arbeiten durch diese Beschlussfassung nicht beschleunigt werden würden. Zudem sei der Ausschuss formal nicht dafür zuständig sondern der Planungsausschuss. Der Beschlussvorschlag wird daraufhin entsprechend angepasst und es wird über den geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss hält an dem Beschluss, ausreichend attraktive Gesamtschulplätze in der Stadt Aachen zur Verfügung zu stellen, fest und beauftragt die Verwaltung, die Leistungsphase 0 schnellstmöglich für die notwendigen Baumaßnahmen zur Erweiterung der Vierten Aachener Gesamtschule an den Schulstandorten Alkuinstraße und Heinzenstraße durchzuführen und die Leistungsphasen 1-3 vorzubereiten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           Ablehnung:           Enthaltung:  
einstimmig

#### **zu 6 Eignung der Liegenschaft 'Kronenberg' als Gesamtschulstandort**

Frau Griepentrog weist darauf hin, dass ein Beschluss zu diesem TOP bereits in der Sitzung am 04.02.2021 gefasst worden sei und heute lediglich noch offene Fragen geklärt werden könnten. Dazu begrüßt sie aus der Verwaltung Herrn Lambertz und Frau Momen.

Frau Keller erläutert, dass seitens der Schulleitung der Heinrich-Heine-Gesamtschule eindeutig der bisherige Standort in Laurensberg bevorzugt werde und der Standort am Kronenberg für die Schule uninteressant sei.

Herr Brantin ergänzt, dass eine Überprüfung der Liegenschaft Kronenberg durchaus richtig gewesen sei, er begrüße jedoch die Entscheidung der Schulleitung der Heinrich-Heine-Gesamtschule. Zudem sehe er aufgrund der geplanten Erweiterung der 4. Gesamtschule momentan auch keinen Bedarf mehr für eine 5. Gesamtschule. Dennoch erkundigt er sich, was nun mit der Liegenschaft Kronenberg passiere.

Frau Griepentrog bittet darum, dass die Liegenschaft nicht grundsätzlich für andere Interessen freigegeben, sondern durch das Votum des Ausschusses auch weiterhin für schulische Zwecke reserviert werden solle. Die Verwaltung wird dies bei zukünftigen Planungen für diese Liegenschaft entsprechend berücksichtigen.

## **zu 7 Raumsituation der Aachener Grundschulen**

### **Vorlage: FB 45/0086/WP18**

Frau Heider dankt der Verwaltung für die Erstellung des Rasters und der Priorisierungsliste. Dass an 15 Schulen erheblicher Baubedarf bestünde empfinde sie als sehr ernüchternd. Es sei eine große Aufgabe den Bedarfen aller Schulen gerecht werden zu können, denn alle Schulen hätten den Wunsch nach einer guten räumlichen Ausstattung. Sie erkundigt sich, ob die Priorisierungsliste die bereits beauftragten Leistungsphasen 0 beinhalte und wie die Liste ohne die Berücksichtigung dieses Punktes aussähe. Zudem wundere sie sich über die hohe Priorisierung der Grundschule Beeckstraße. Sie legt einen geänderten Beschlussvorschlag der Grünen Fraktion vor.

Frau Keller erkundigt sich, ob die Grundschule Beeckstraße aufgrund der maroden Bausubstanz auf den vorderen Plätzen des Rankings platziert sei. Zudem sehe sie bei der Grundschule Mataréstraße noch erheblichen Klärungsbedarf. Seit dem Jahr 2015 würde die Schule auf den Beginn weitreichender Baumaßnahmen warten. Die vorhandene Fläche sei zwar ausreichend, jedoch sei die Größe der Räume unzureichend. Hier bestehe daher dringend Handlungsbedarf, zumal die Leistungsphase 0 ihrer Erinnerung nach bereits beauftragt worden sei. Dabei müssten die schulischen Bedarfe als erstes gedeckt werden, ehe über eine zusätzliche außerschulische Nutzung der Liegenschaft nachgedacht werden könne. Die Mataréstraße sei die einzige Schule, an welcher 40 Kinder aufgrund des Platzmangels keinen OGS-Platz bekommen hätten.

Herr Winkler ist der Auffassung, dass sich die Kommunikation zwischen Schulen und Schulträger während der Corona-Pandemie verschlechtert habe und es so zu Missverständnissen gekommen sei. Die Priorisierung sei nicht immer nachvollziehbar. So hätten einige Schulen laut der Bewertungsmatrix keinen hohen Flächenbedarf, vor Ort würden sich aber erhebliche Defizite zeigen. Er sehe ein, dass es einen erheblichen Mehraufwand für die Verwaltung bedeuten würde, wenn mit jeder Schule der Bewertungsbogen persönlich besprochen werde, jedoch könnten so Unstimmigkeiten schnell ausgeräumt werden.

Herr Fischer sieht die Flächenraumorientierung nicht als gesetzten Standard an und es könne an mancher Stelle sicher noch nachgesteuert werden. Die Doppelzählung der Mehrzweckräume sehe er kritisch. Er hätte bereits von mehreren Schulleitungen vernommen, dass der Bewertungsrahmen nicht

nachvollziehbar sei. Er beantragt die Punkte des Beschlussvorschlages der Grünen Fraktion getrennt abzustimmen. Die Priorisierungsliste der Verwaltung möchte er noch um die Grundschule in der Luisenstraße erweitern, zudem sehe er ebenfalls bei der Mataréstraße dringenden Handlungsbedarf.

Herr Brantin weist darauf hin, dass für die Mataréstraße die Leistungsphasen 1-3 bereits im September 2019 beschlossen worden seien und erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand der Maßnahme.

Herr Kaldenbach führt aus, dass die Beeckstraße aufgrund der maroden Bausubstanz in die Priorisierungsliste mit aufgenommen worden sei. In der Aula sei eine Wand abgängig, welche bereits jetzt schon durch ein Gerüst gestützt werde. Bezüglich der Mataréstraße bestätigt er, dass die Leistungsphasen 1-3 bereits beauftragt worden seien. Jedoch seien für den Erweiterungsbau verschiedene Varianten für die Nutzung in Betracht gezogen worden. Im Dezember 2020 sei eine kurze Vorstellung des Projektes im Ausschuss erfolgt und ein neuer Beschluss gefasst worden, die bisher vorgelegte Entwurfsplanung nochmals zu überarbeiten. Damit sei der Beschluss aus September 2019 überholt worden. Die Prüfungen für eine alternative Nutzung der weiteren Geschosse seien zwar erfolgt, jedoch gebe es bisher keinen präzisen politischen Auftrag, welche Nutzungsoption nun zu verfolgen sei. Dies sei wichtig für einen konkreten Planungsauftrag an das Gebäudemanagement. Um das Projekt weiter voran zu bringen sei daher ein neuer Beschluss in der heutigen Sitzung notwendig.

Herr Brötz ergänzt, dass die Schulen, welche sich bereits in der Leistungsphase 0 befänden, aus pragmatischen Gründen in der Priorisierungsliste nach oben geschoben worden seien. Sollte der Ausschuss eine andere Vorgehensweise wünschen, müssten Kriterien für die Priorisierung abgestimmt und beschlossen werden. Gegenüber der Verwaltung seien bislang keine Fragen oder Klärungsbedarfe bezüglich der Bewertungsmatrix durch die Schulleitungen kommuniziert worden. Grundsätzlich stünde die Verwaltung gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Frau Heider erläutert, dass es anscheinend viele baufällige Grundschulen in Aachen gebe und es viele Jahre dauern würde, bis diese Baumaßnahmen abgeschlossen seien. Bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode könne unmöglich allen 15 Schulen geholfen werden, daher müsse auch nochmals die soziale Komponente stärker berücksichtigt werden. Sollte die Beeckstraße wie im SEP-Primar angedeutet zukünftig 2-zügig werden und umziehen müssen, sei eine Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt wirtschaftlich nicht vertretbar. Die Kinder in der Grundschule Luisenstraße müssten in vier Schichten das Mittagessen einnehmen, weil eine entsprechend große Mensa fehle. Daher sei hier ein besonderes Augenmerk auf die Mensasituation zu legen. Bei der Mataréstraße sollte durch die Baumaßnahme ein langfristiges Konzept für die Schule geschaffen werden und daher sollten die Räumlichkeiten vollständig der schulischen Nutzung zugeschrieben werden.

Herr Fischer bringt an, dass ein Umzug der Grundschule Beeckstraße nicht realistisch sei und bislang noch keine konkreten Pläne dafür vorlägen und die StädteRegion das benachbarte Berufskolleg weiter nutzen wolle. Ein Abriss und Neubau der Aula sei daher die sinnvollste Lösung. Die Raumbedarfe der Mataréstraße müssten überdacht werden, da die Raumbilanz von der Schule und der Schulleitung nicht nachvollzogen werden könnten und diese viel höher seien, als von der Verwaltung angegeben.

Herr Kaldenbach widerspricht Herrn Fischer in diesem Punkt, da in der letzten Woche intensive Gespräche mit der Schulleitung der Mataréstraße stattgefunden hätten und die Raumbilanz nun nachvollzogen werden könne. Dass sich die Schule über den Bewertungsrahmen hinaus noch weitere Räume wünsche, müsse differenziert betrachtet werden. Daher möchte er sich deutlich gegen die Kritik an der Bewertungsmatrix positionieren, da diese in der Schulleiterkonferenz vorgestellt und von allen Beteiligten anerkannt und verstanden worden sei. Er bittet Herrn Fischer, seine Andeutungen zu vermeintlich negativen Rückmeldungen von Seiten der Schulleitungen konkret zu belegen und offene Fragen, Hinweise oder Unverständlichkeiten an die Verwaltung heranzutragen, damit eine sachliche Auseinandersetzung mit der Kritik erfolgen könne.

Herr Hellman berichtet, dass aus Sicht von Schulleitungen immer ein Raumbedarf bestehe und deshalb sei er froh, die objektive Bewertungsmatrix als Instrument für anstehende Entscheidungen nutzen zu können. Die Positionierung der Beeckstraße stelle er keinesfalls in Frage. Bezüglich der Mataréstraße weist er auf den nahenden Rechtsanspruch auf eine OGS-Betreuung hin und plädiert für eine ganzheitliche schulische Nutzung der zusätzlich zu schaffenden Räume. Auch befinde sich das Neubaugebiet am Freunder Weg in unmittelbarer Nähe zu der Schule, wodurch zukünftig mit vermehrten Anmeldezahlen gerechnet werden könne.

Herr Fischer bringt zur Sprache, dass die Bewertungsmatrix zwar in der Schulleiterkonferenz vorgestellt, die Priorisierungsliste aber nicht mit den Schulleitungen kommuniziert worden sei. Er bittet dies nachzuholen. Dem stimmt Herr Kaldenbach zwar zu, dieses Vorgehen sei jedoch mit der Politik im Vorfeld besprochen und die Schulleitungen hierüber informiert worden.

Auf Nachfrage berichtet Herr Lambertz, dass im September 2019 bereits vier Varianten für die Grundschule Mataréstraße im Ausschuss vorgestellt worden seien. In der beschlossenen Variante 1 sei eine große Mensa bzw. Aula mit vier Geschossen vorgesehen. Die genauen Bedarfe müssten mit der Schulleitung definiert werden. Es müsse jedoch bedacht werden, dass Räume für schulische Bedarfe oft eine höhere Deckenhöhe hätten als beispielsweise für Wohnbebauung, was wiederum Auswirkungen auf die Anzahl der Geschosse haben könne. Er schlägt vor, erneut in Gespräche mit der Schulleitung einzusteigen und den Bedarf abschließend festzulegen um die Baumaßnahme weiter voranzubringen.

Herr Hellman bittet abschließend darum, dem Ausschuss noch vor den Haushaltsberatungen eine Zeitschiene in Verbindung mit den Kostenschätzungen für die einzelnen Maßnahmen vorzulegen.

Frau Griepentrog fasst zusammen, dass die Verwaltung stets transparent mit dem Bewertungsrahmen umgegangen sei und für Rückfragen der Schulleitungen stets zur Verfügung stehe. Das Vorgehen sei mit der Politik abgestimmt und in der Schulleiterkonferenz kommuniziert worden. Daher müsse sie die Vorwürfe von Herrn Fischer zurückweisen. Es wird über den abgewandelten geänderten Beschlussvorschlag der Grünen abgestimmt. Die Punkte werden jeweils separat abgestimmt.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung (ASW) nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung

1. für die Maßnahme KGS Beeckstraße eine 0-Planung in Auftrag zu geben
2. in einer der nächsten Ausschusssitzungen die zwischenzeitlich erarbeiteten 0-Planungen für die KGS Am Römerhof, GGS Richterich, KGS Auf der Hörn und GGS Am Höfling vorzustellen
3. für die Montessori-Grundschule Mataréstraße die Leistungsphasen 1 bis 3 gemäß HOAI einschließlich Kostenberechnung in Auftrag zu geben. Hierbei soll der Neubau vollständig für die Schule genutzt werden, um die notwendigen Räume für die Schule zu schaffen.
4. für die Maßnahme KGS Luisenstraße eine 0-Planung in Auftrag zu geben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

	Zustimmung:	Ablehnung:	Enthaltung:
1. Absatz BV	einstimmig	0	6
2. Absatz BV	einstimmig	0	0
3. Absatz BV	mehrheitlich	4	0
4. Absatz BV	mehrheitlich	3	4

#### **zu 8 Luftreiniger für Schulen besser als Lüften gegen Corona-Viren, Ratsantrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2021**

Frau Keller regt an, dass nach den bereits in der Vergangenheit schon vielfach geführten Diskussionen zu den Luftreinigern, nun eine Testreihe in Schulen, welche eine entsprechende Bereitschaft signalisiert hätten, durchgeführt werde. Im Eurogress werde diese Methode schon länger angewendet und in den Schulen sei dies noch nie getestet worden. Dies sei bedauerlich.

Herr Fischer stellt fest, dass im Eurogress eine besondere Situation vorliege, welche nicht auf alle Schulen übertragen werden könne. Für Aulen und Mensen wären mobile Luftfilter denkbar. Er bittet dahingehend um einen Austausch zwischen den Schulen und dem Gebäudemanagement und um einen erneuten Bericht im ASW nach den Sommerferien.

Frau Heider begründet den Tagesordnungsantrag ihrer Fraktion damit, dass die Grünen eine Testreihe an einzelnen Schulen begrüßen und nicht einen flächendeckenden Einsatz von Luftreinigern an Schulen fordern würden. Es müsse dann vor Ort abgewogen werden, ob ein Luftreiniger für die einzelne Schule auch vor dem Hintergrund der Lärmbelastigung vertretbar sei.

Herr Jacoby erläutert in seiner Funktion als Vorsitzender des Betriebsausschusses Eurogress, dass die Räumlichkeiten nicht mit denen einer Schule vergleichbar seien. Die Luftfiltergeräte seien eigens für die Bedarfe des Eurogresses konzipiert worden, in Schulen seien die Gegebenheiten oft sehr unterschiedlich. Er könne die Wünsche der Schulen gut nachvollziehen, aber es bedürfe einer umfangreichen Prüfung jedes einzelnen Gebäudes.

Frau Schwier berichtet, dass es an zwei Schulen bereits eine sehr kleine Testreihe gebe, allerdings würden hier nur zwei Geräte in zwei Räumen getestet. Dies solle lediglich die Praktikabilität solcher Geräte überprüfen. Alle Schulgebäude seien im Vorfeld durch die Verwaltung begangen und untersucht worden und das Lüften habe sich in den überwiegenden Fällen als optimal erwiesen. Der Einsatz von Luftfiltergeräten könne lediglich als zusätzliche Option in Betracht gezogen werden, das Lüften aber nicht vollständig ersetzen.

Frau Griepentrog sieht damit den Tagesordnungsantrag der Grünen für die heutige Sitzung und den Ratsantrag Nr. 072/18 der SPD Fraktion (TOP Ö9) als erledigt an.

**zu 9 Sachstand zu Luftfiltergeräten an Schulen - Antrag zur Tagesordnung der GRÜNEN  
Fraktion vom 19.05.2021**

Siehe Erläuterungen zu TOP Ö8.

**zu 10 Landesprogramm „Gute Schule 2020“ - Bericht 1. Halbjahr 2021  
Vorlage: FB 45/0087/WP18**

Herr Rohé ist der Meinung, dass die Corona-Pandemie den digitalen Rückstand an den Schulen positiv beeinflusst habe. Er habe den Eindruck, dass die Präsentationstechnik und die W-LAN-Anbindung nun gut funktionieren würden. Er erkundigt sich, ob mittlerweile alle Schulen ein Medienkonzept eingereicht hätten und diese auch schon abschließend geprüft und genehmigt worden seien.

Frau Schwier erläutert, dass die Medienkonzepte laufend durch das Euregionale Medienzentrum und die Medienberater des Landes geprüft würden. Frau von Jakubowski ergänzt, dass die Ausstattung der Schulen mit der Prüfung der Medienkonzepte eng verzahnt sei. Die tatsächliche Ausstattung mit Präsentationstechnik befinde sich noch in den Anfängen. Auf Nachfrage von Frau Griepentrog erläutert



Herr Brötz, dass die finanziellen Mittel für die Ausstattung mit Präsentationstechnik aus dem Programm „Gute Schule 2020“ bereits ausgeschöpft seien. Pro Zug hätte jede Schule circa. 9.000 € dafür erhalten. Darüber hinaus stünden zukünftig noch die Mittel aus dem Digitalpakt zur Verfügung.

Herr Auler legt dar, dass sich die verschiedenen Förderprogramme oft überschneiden und auch ineinandergreifen. Er bittet daher um eine Gegenüberstellung der bestehenden Förderprogramme, aus welcher der jeweilige Status des Programms hervorgehe. Dies würde für mehr Transparenz sorgen. Herr Winkler bittet bei dieser Aufstellung auch um eine Darstellung des maximal zu erreichenden Potentials der Schulen in Bezug auf die Ausstattung.

Frau Schwier berichtet, dass eine solche Aufstellung bereits durch das neu geschaffene Kompetenzteam „Schule digital“ erstellt werde. Hierzu wird es noch weitere Erläuterungen unter TOP Ö13 geben.

Frau Smajic weist im Zusammenhang auf die Ausstattung mit Endgeräten für die Schülerinnen und Schüler auf die oft fehlende Chancengleichheit hin. Rund 20 % der Kinder kämen aus sozialschwachen Familien und könnten oft an dem technischen Fortschritt nicht teilhaben. Dies müsse bei der Diskussion stets bedacht werden.

Herr Brötz weist abschließend auf den geänderten Vorlagenlauf hin. Die Vorlagen zum Thema „Gute Schule 2020“ müssten zukünftig nicht mehr im Rat beraten werden.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           Ablehnung:           Enthaltung:  
einstimmig

#### **zu 11    Änderung der Schulart der Städtischen Katholischen Grundschule Düppelstraße in eine Gemeinschaftsgrundschule zum Schuljahr 2021/2022**

**Vorlage: FB 45/0088/WP18**

Der TOP wird von der Verwaltung zurückgezogen.

#### **zu 12    Sachstandsbericht Euregionales Medienzentrum**

**Vorlage: FB 45/0090/WP18**

Frau Schwier berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Schulen, Bildung, Wissenschaft und Kultur der StädteRegion Aachen am 09.06.2021. Laut Information von Herrn Terrodde sei dort auf den aktuellen

Austausch zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (örV) hingewiesen worden. Folgende Ziele seien dabei durch die Politik unterstützt worden: Eine verbesserte Steuerungsfunktion der Partner über eine Aufsichtsgremium, klare Kompetenzzuweisung für die Leitung (Personalführung/ Aufgabenpriorisierung), stärkere Einbindung der regionsangehörigen Kommunen, eigenständigere Verortung des EMZ zur besseren Sichtbarkeit und Handlungsfähigkeit.

Frau Keller erläutert, dass das Ergebnis zur neuen Vereinbarung abgewartet werden müsse. Sie betont jedoch, dass die Medientechnik nicht außer Acht gelassen werden dürfe denn ohne die entsprechende Technik könne die Pädagogik der Schulen nicht umgesetzt werden.

Herr Auler betont, dass das Euregionale Medienzentrum eine wichtige Arbeit leiste, da Pädagogik und Technik dort zusammenlaufen würden. Die StädteRegion und die Stadt Aachen seien dabei gleichberechtigte Partner, aber es dürfe nicht zu Problemen in der Aufgabenzuweisung kommen. Bei einer Neuverortung des EMZ schlägt er vor, dieses direkt an die Fachbereichsleitung der Stadt Aachen anzugliedern, sodass die Dienstaufsicht bei der Stadt Aachen verbleibt. Das durch die örV festgelegte Kontrollgremium solle dann die Fachaufsicht übernehmen, da das EMZ ansonsten zwei Dienstherrn unterworfen sei und dies zu Unsicherheiten führen könne. Darüber hinaus müsse bedacht werden, dass die Medienberater durch das Land NRW entsandt würden und daher sei es wichtig, bei Neufassung der örV die Regelungen möglichst offen zu gestalten, sodass kein Widerspruch auftrete, wenn neue Erlasse oder Verordnungen vom Land kommen würden. Dies sei laut Frau Schwier bereits mit der StädteRegion kommuniziert worden.

Herr Bogoczek weist darauf hin, dass die Pädagogik und die dazugehörige Medienausstattung Aufgabe des Medienzentrums sei und auf eine Differenzierung zu den Aufgaben der regioIT geachtet werden müsse.

Frau Schwier fasst zusammen, dass die Medienpädagogik und -beratung, sowie die Fortbildung des Personals weiterhin die Kernaufgaben des EMZ seien. Dies könne aber nicht ohne die entsprechende Technik am Standort des EMZ im Depot Talstraße umgesetzt werden. Die Medientechniker, die für das konkrete Ausrollen der Technik in den Schulen verantwortlich seien, seien zukünftig beim Schulträger zu verorten, da dies auch eine originäre Schulträgeraufgabe darstelle. Je mehr Technik Einzug in die Schulen erhalte, umso mehr müsse guter Support geleistet werden.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:          Ablehnung:          Enthaltung:  
einstimmig

**zu 13    Kompetenzteam Schulen digital, Ratsantrag Nr. 063/18 der CDU-Fraktion vom 03.02.2021  
Task Force zur Beschleunigung der Digitalisierung der Schulen****Vorlage: FB 45/0091/WP18**

Herr Bogoczek bittet darum, in das Kompetenzteam noch die Nutzenden als Mitglieder aufzunehmen.

Frau Heider entgegnet, dass es sich bei dem Kompetenzteam um eine verwaltungsinterne Einheit zur Optimierung der Abläufe handele und die Aufnahme der Nutzenden daher nicht zielführend seien.

Frau Schwier bestätigt die Aussage von Frau Heider und ergänzt, dass es sich um eine reine Supportstelle aus Verwaltung und regioIT handele, welche sich selbstverständlich permanent mit den Nutzenden im Austausch befinde. Ziel des Kompetenzteams sei es, die Prozesse zu beschleunigen und Schnittstellen enger zusammen zu ziehen. Auf Nachfrage von Herrn Bogoczek erläutert sie, dass die bestehenden Förderprogramme nicht viel Spielraum bieten würden. Die Technik werde von den Schulen auf Grundlage ihres pädagogischen Konzeptes bestellt.

Herr Brötz ergänzt, dass die Schulen auch unterschiedliche Anforderungen an die technische Ausstattung hätten und zum Teil auch unterschiedliche Medienkonzepte verfolgen würden und es daher nicht eine oder mehrere bestimmte Personen geben könne, die mandatiert wären für die Gesamtheit der schulischen Bedarfe zu sprechen.

Auf Nachfrage von Frau Griepentrog berichtet Frau Schwier, dass es halbjährlich einen großen Austausch mit allen Schulleitungen der Sek I gebe und zusätzlich noch Kontakte zu den einzelnen Schulen bestünden. Außerdem würde auch halbjährlich ein Austausch mit allen Grundschulleitungen stattfinden.

Herr Auler regt an, die Abwicklung des Bestellprozesses direkt über den Fachbereich Kinder, Jugend und Schule zu steuern und nicht noch den Zwischenschritt über das IT-Management des Fachbereichs Personal und Organisation zu machen, da die Fachkompetenz und Finanzierung auch über den Fachbereich 45 laufen würden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das „Kompetenzteam Schulen digital“ zu bilden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        Ablehnung:        Enthaltung:  
einstimmig

**zu 14 Ratsantrag von CDU, SPD, Zukunft und FDP: Corona - Pooltest**

**Vorlage: FB 45/0093/WP18**

Frau Wenzel dankt der Verwaltung für die Vorlage. Die Grüne Fraktion habe den Ratsantrag nicht mitgezeichnet, da aus ihrer Sicht die bereits bestehenden Testmöglichkeiten gut funktionieren und angenommen würden und es nicht Aufgabe der Verwaltung sei, neue Teststrategien zu entwickeln.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        Ablehnung:        Enthaltung:  
einstimmig

**zu 15 Mitteilungen der Verwaltung**

Es gibt keine Wortmeldungen.